

Antrag

des Abg. Nikolai Reith u. a. FDP/DVP

Bedeutung der Massentlassungen beim Unternehmen Cellforce Group GmbH für den Wirtschafts- und insbesondere Automobilstandort Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wann und auf welche Weise sie erstmals von den Plänen des Unternehmens Porsche erfahren hat, rund 200 Beschäftigten seiner Unternehmenstochter Cellforce Group GmbH (nachfolgend Cellforce) zu kündigen und damit sowohl Cellforce als auch seine Batterieproduktion grundlegend zu verändern, wenn nicht gar einzustellen;
2. welche Bedeutung die angekündigten Massentlassungen bei der Porsche-Tochter Cellforce und die damit verbundene de-facto Einstellung der Batterieproduktion von Cellforce auf den Automobilstandort Baden-Württemberg hat;
3. welche Rückschlüsse sie daraus auf den Ausbau der Elektromobilität sowie die Bedeutung des Verbrennermotors zieht;
4. wie viele Fördermittel oder sonstige Subventionen das Unternehmen Porsche für seine Tochter Cellforce oder allgemein für seine Aktivitäten im Bereich der Batterietechnologie a) von Land, ihrer Kenntnis nach von b) Bund, c) der Europäischen Union und d) anderen öffentlichen Mittelgebern in den letzten fünf Jahren jeweils erhalten hat;
5. inwiefern diese Fördermittel ihrer Kenntnis nach nun aufgrund der angekündigten grundlegenden Veränderung, wenn nicht gar Abwicklung der Porsche-Tochter Cellforce, zurückgefordert werden oder (förder-)rechtlich gesehen zumindest zurückgefordert werden könnten;
6. inwiefern das Land dazu konkrete Pläne oder Überprüfungen bereits durchgeführt hat oder noch plant, durchzuführen;
7. welche Rückschlüsse sie daraus auf ihre Förderaktivitäten und -strategie sowie die Unterstützung von konkreten Unternehmensprojekten im Allgemeinen zieht;
8. inwiefern es richtig ist, dass es am 20. August 2025 ein persönliches Gespräch des Ministerpräsidenten mit dem Vorstandsvorsitzenden von Porsche, Oliver Blume, zum Thema Cellforce gegeben hat;
9. inwiefern es andere oder weitere Gespräche zwischen der Landesregierung und dem Spitzenmanagement von Porsche oder von Cellforce bezüglich der Massentlassung bei Cellforce gegeben hat;
10. was die Inhalte und Ergebnisse des Gesprächs mit Oliver Blume und etwaiger weiterer Gespräche waren;
11. inwiefern sie politische Maßnahmen erwägt, um die Entscheidung von Porsche zu verändern, dem Unternehmen Cellforce eine Perspektive zu geben oder eine Lösung für die rund 200 von Entlassung betroffenen Mitarbeiter zu finden;

12. inwiefern sie dazu im Austausch mit der Bundesregierung stand, steht oder noch plant, Kontakt mit dieser aufzunehmen;
13. welche Schlüsse sie aus den Bitten um Hilfe für Cellforce durch den Oberbürgermeister von Reutlingen, den Bürgermeister von Kirchentellinsfurt sowie den regionalen IHK-Präsidenten an die Bundesregierung zieht, insbesondere inwiefern sie darin auch eine Handlungsaufforderung oder -möglichkeit für sich sieht;
14. welche Informationen ihr dazu vorliegen, dass die Bundesregierung oder die Europäische Kommission im Zusammenhang mit den Entlassungen bei Cellforce aktiv werden möchte, bspw. durch aktive Unterstützungsmaßnahmen, eine Rückforderung von Fördermitteln oder eine Anpassung von Förderstrategien.

22.8.2025

Reith, Scheerer, Dr. Schweickert, Birnstock, Haag, Haußmann, Heitlinger, Hoher, Karrais, Dr. Rülke, Weinmann FDP/DVP

Begründung

Laut Medienberichten vom 20. und 21. August plant das Unternehmen Porsche bei seiner Batterietochter Cellforce Group GmbH rund 200 Mitarbeiter und damit rund 80 Prozent aller Mitarbeiter zu entlassen. Dies kommt einem grundlegenden Kurswechsel beim Thema Batteriezellfertigung bei Porsche und einer de-facto Einstellung der Batterieproduktion bei Cellforce gleich.

Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass auch von Landesseite erhebliche Fördermittel an Porsche bzw. Cellforce geflossen sein sollen, die Landesregierung sich in der Vergangenheit explizit für das Unternehmen Cellforce stark gemacht hat (bspw. mit der Anwesenheit der Wirtschaftsministerin bei der Grundsteinlegung der Fabrik in Reutlingen-Kirchentellinsfurt im Oktober 2022) und es auch politische Gespräche zwischen der Landesregierung und Porsche bezüglich der Zukunft von Cellforce gegeben haben soll.

Daher interessieren sich die Antragssteller für die Details des Vorgangs sowie die Implikationen davon für den Wirtschafts- und insbesondere Automobilstandort Baden-Württemberg.